

Zeitschrift: Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft
Band: 24 (1984)

Artikel: Ursachen des wirtschaftspolitischen Konflikt- und Kooperationsverhaltens von Drittweltregierungen
Autor: Moser, Beat
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-172402>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

URSACHEN DES WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN KONFLIKT- UND KOOPERATIONSVERHALTENS VON DRITTWELTREGIERUNGEN

von Beat Moser*

Das Interesse an einer genaueren Kenntnis der Bestimmungsgründe des aussenpolitischen Verhaltens von Drittweltregierungen ist seit den «Ölkrisen» in den siebziger Jahren gestiegen. Dieser Beitrag untersucht die Frage nach den Bedingungen des wirtschaftspolitischen Konflikt- und Kooperationsverhaltens ausgewählter Drittweltländer gegenüber Industrieländern in den sechziger und siebziger Jahren. Zu diesem Zweck werden einzelne Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Struktur- und Entwicklungsmerkmalen und investitions- und handelspolitischen Verhaltensweisen von Drittweltregierungen einer empirischen Analyse unterzogen. Der Beitrag kommt zum Schluss, dass wirtschaftliche Krisen und Belastungen durch eine ungleichgewichtige Modernisierung einen stärkeren Einfluss auf das Konfliktverhalten von Drittweltregimes ausüben als ursprünglich erwartet.

L'intérêt de la connaissance des causes de la politique étrangère des gouvernements du Tiers Monde a augmentée depuis la crise pétrolière des années septante. Cette contribution examine les conditions des conduites conflictives et coopératives économiques des pays particuliers du Tiers Monde vis à vis des pays industrialisés des années soixante et septante. A cet effet, quelques relations entre des caractéristiques économiques, sociaux et politiques et le comportement d'investissements et de commerce des régimes du Tiers Monde sont analysées d'une façon empirique. L'exposé conclut que les crises économiques et les tensions causées par une modernisation non-équilibrée ont une influence plus forte sur des conduites conflictives qu'initialement attendue.

* Der vorliegende Beitrag ging aus einem grösseren Projekt über «Auswirkungen von Entwicklungen der Dritten Welt auf die Sicherheit der Schweiz» hervor, das unter der Leitung von Prof. Dr. Daniel Frei stand und vom Schweizerischen Nationalfonds unterstützt wurde. Für die Hilfe bei der Zusammenstellung der Daten und bei einzelnen Analysen danke ich lic.phil. Werner Reimann, lic.phil. Philippe Grossen und lic.phil. Angelika Stürzinger.

I. Das wirtschaftspolitische Verhalten von Drittweltländern gegenüber Industrieländern – Theoretische Aspekte

Spätestens seit den sogenannten «Ölkrisen» der siebziger Jahre ist das Interesse an einer genaueren Kenntnis der Hintergründe aussenpolitischer Verhaltensweisen von Drittweltregimes merklich gestiegen. Auch für die Schweiz werden solche Kenntnisse zunehmend wichtiger, hat doch der Anteil des Warenaustausches mit Drittweltländern seit Mitte der sechziger Jahre stetig zugenommen (Einfuhr von Waren aus Drittweltländern von 7% auf 10%, Ausfuhr von Waren in die Drittweltländer von 16% auf 24%). Dabei hat sich der Anteil einzelner Drittweltländer sowohl bei den Einfuhren als auch bei den Ausfuhren in den letzten Jahren zum Teil erheblich erhöht.

In bezug auf die Beziehungen zwischen der Schweiz und Drittweltländern müsste es deshalb möglich sein, verschiedene «*Empfindlichkeitsbereiche*» anzugeben, in denen bestimmte Konfliktverhaltensstrategien einzelner Entwicklungsländer oder von Staatengruppen in der Dritten Welt relativ grosse Auswirkungen auf die Schweiz haben können. Ein solches Unterfangen stösst allerdings auf einige Schwierigkeiten, die es wenig sinnvoll erscheinen lassen, eine Analyse aussenpolitischer Aktivitäten allein auf die Ebene Schweiz ↔ Drittweltländer zu beschränken:

1. Die Schweiz ist zwar in hohem Masse vom *Import* von Rohprodukten (v. a. im Energiesektor) abhängig. Diese Produkte werden jedoch nur selten direkt von den entsprechenden Entwicklungsländern bezogen, sondern in den meisten Fällen indirekt über Länder der Europäischen Gemeinschaft und andere eingeführt. Man könnte somit die These vertreten, dass die Schweiz, auch infolge ihrer Kleinheit, ihren Bedarf immer genügend aus dem EG-Markt decken kann, auch wenn das eine oder andere wichtige Entwicklungsland aus welchen Gründen auch immer als Lieferant ausfallen sollte. Diese These setzt allerdings die Annahme voraus, dass jene «Zwischenhandelsländer» auch dann zu weiteren Lieferungen an die Schweiz bereit sind, wenn sie selber zufolge Ausfall von Lieferungen aus Entwicklungsländern unter Verknappungserscheinungen leiden. Ob diese Annahme zutrifft, mag dahingestellt bleiben und ist auch kaum zu beantworten – fest steht jedoch, dass hierin ein erhebliches Mass an Ungewissheit besteht und Unsicherheit schafft.
2. In bezug auf *Exporte* in Drittweltländer besteht ein grösserer Verletzlichkeitsgrad der Schweiz, da ein relativ hoher Anteil der schweizerischen Exporte in diese Länder geht. Die Hauptschwierigkeit bei der Schätzung der Exportsensitivität der Schweiz gegenüber Ländern der Dritten Welt besteht aber darin, dass allgemein das Importbedürfnis der Entwicklungsländer für Produkte aus Industrieländern und damit auch der Schweiz nach wie vor gross ist, so dass kaum Probleme entstehen, wenn ein Entwicklungsland oder eine Staatengruppe aufgrund interner oder regionaler Instabilitäten als Käufer ausfallen sollte.

Unter diesem Aspekt stellt sich die Frage nach den *indirekten* sicherheitspolitischen Auswirkungen aussen- und speziell wirtschaftspolitischer Verhaltensstrategien von Drittweltländern für die Schweiz. Haben bestimmte politische und wirtschaftliche Verhaltensweisen dieser Regierungen Folgen für einzelne europäische Industrieländer, die sich in zweiter Linie auf deren Verhalten gegenüber der Schweiz auswirken können? Eine präzise Beantwortung dieser Frage liegt jedoch ausserhalb der Möglichkeiten dieser Untersuchung. Es soll vielmehr folgende allgemeine Frage untersucht werden:

Unter welchen Bedingungen verhalten sich Regierungen von Drittweltländern gegenüber (europäischen) Industrieländern wirtschaftlich und politisch kooperativ bzw. unter welchen Bedingungen werden wirtschaftspolitische Konfliktstrategien gewählt?

1. Auswahl der untersuchten Länder

Für eine Analyse der Bestimmungsgründe des Konflikt- und Kooperationsverhaltens von Drittweltländern sollen sowohl die wichtigsten Rohstofflieferanten der Schweiz als auch diejenigen Drittweltländer mit einbezogen werden, die als Abnehmer schweizerischer Handelsgüter und als Gastländer für schweizerische Kapitalinvestitionen von besonderer Bedeutung sind.

- Die *Ausfuhr schweizerischer Waren* in die Entwicklungsländer Lateinamerikas, Asiens und Afrikas hat in den siebziger Jahren stetig zugenommen (Höhn 1980). Der Anteil der Exporte in Länder der Dritten Welt an der gesamten Warenausfuhr der Schweiz betrug im Jahre 1982 24% (Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1983). Als wichtige Exportpartner der Schweiz innerhalb der Gruppe der Drittweltländer werden diejenigen Länder in die Analyse aufgenommen, deren Anteil am gesamten Export schweizerischer Waren in Drittweltländer die 2,5%-Marke übersteigt. Gleichzeitig sind das diejenigen Länder, in die im Jahre 1982 Güter im Wert von mehr als 300 Millionen Franken exportiert wurden.
- Die Auswahl von *Rohstoff-Lieferländern* konzentriert sich auf diejenigen Drittweltländer, die bei der Lieferung strategisch wichtiger Rohstoffe für die Schweiz eine bedeutende Stellung einnehmen. Was sind nun aber «strategisch wichtige Rohstoffe»? In der Literatur herrscht Einigkeit darüber, dass für Industrieländer vor allem energieliefernde und einige mineralische Rohstoffe aus Drittweltländern von zentraler Bedeutung sind. Neben Erdöl und neuerdings auch Uran als den zentralen energieliefernden Rohprodukten können innerhalb der Kategorie der Metallerze Eisen und einige andere für die eisenverarbeitende Industrie wichtige Metalle (Mangan, Chrom, Kobalt) sowie Aluminium, Kupfer und Zinn zu den Rohstoffen gezählt werden, bei denen sich Industrieländer in einer völligen, sehr starken oder stark zunehmenden Abhängigkeit von Lieferun-

gen aus Drittweltländern befinden. Im Falle metallischer und weiterer nicht-regenerierbarer Rohstoffe ist das Nichtselbstversorgungsausmass auch der Schweiz nahezu total (Sieber 1981). «Eine für die Schweiz bedeutende Stellung. . .» wird so definiert, dass diejenigen Drittweltländer in Betracht gezogen werden, die anteilmässig zu den fünf wichtigsten Lieferanten bei den strategischen Rohstoffen Erdöl, Uran, Mangan, Chrom, Kobalt, Aluminium, Kupfer, Zinn und Wolfram gehören oder deren wertmässiger Anteil bei den Importen dieser Rohstoffe höher als 10% liegt (Quelle: OZD, Schweizerische Aussenhandelsstatistik: Jahresbericht 1980).

- Wird als drittes Auswahlkriterium die Bedeutung eines Drittweltlandes als *Gastland für schweizerische Kapitalinvestitionen* hinzugezogen, so stellt sich das oft beklagte, aber noch keineswegs behobene Problem vorhandener Daten. Wohl gibt es neuere Statistiken zur geografischen Verteilung der Zuflüsse und des Gesamtbestandes an schweizerischen Privatinvestitionen in der Dritten Welt, doch sind diese – wenn überhaupt – lediglich nach Regionen spezifiziert. Trotzdem kann im wesentlichen davon ausgegangen werden, dass diejenigen Drittweltländer, in die die Schweiz relativ viele Güter exportiert, auch zu den wichtigsten Zielen schweizerischer Direktinvestitionen gehören. Länderspezifische Zahlen für die ausgehenden sechziger und beginnenden siebziger Jahre bestätigen diese Vermutung (Berweger 1977).

Zusammenfassend sieht die Liste der für die Analysen ausgewählten Länder folgendermassen aus:

Mexiko	Nigeria	Algerien	Hongkong
Brasilien	Sambia	Libyen	Indien
Bolivien	Kenya	Ägypten	Malaysia
Chile	Zaire	Libanon	Thailand
Argentinien	Südafrika	Saudiarabien	Indonesien
Venezuela		Iran	Singapur
		Irak	
		Vereinigte Arabische Emirate	

Aufgrund fehlender Daten bei den verschiedenen abhängigen Verhaltensindikatoren mussten Hongkong und die Vereinigten Arabischen Emirate nachträglich ausgeschieden werden. Um für die Analysen eine statistisch «tragbare» Stichprobe zu erhalten, wurden diese Länder durch Taiwan und Südkorea ersetzt, die vom Gesichtspunkt branchenspezifischer Konkurrenz auf dem Weltmarkt als weitere für die Schweiz wichtige Drittweltländer betrachtet werden können (Hollenstein 1980).

2. Was wird erklärt? Eine Spezifizierung der abhängigen Variable

Neben dem Problem der Dichte und Richtung von Interaktionsströmen stellt sich die Frage nach den *Inhalten* des Verhaltens von Drittweltregierungen unter dem Gesichtspunkt ihrer Relevanz für die Schweiz:

In welchen Aktivitätsbereichen haben konfliktive Verhaltensstrategien der Entwicklungsländer für die Schweiz besonders empfindliche Folgen? Mit anderen Worten: Können einzelne Sensitivitätsbereiche in den Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern und damit auch der Schweiz angegeben werden?

Ein wichtiges Aktivitätsfeld ist sicherlich der *Rohstoffbereich*, in dem die Schweiz als Abnehmer strategisch wichtiger Rohstoffe von Verhaltensweisen betroffen wird, mit denen Drittweltländer beispielsweise eine Verbesserung der Austauschbedingungen (Kartellisierungsziel), eine Stabilisierung der stark schwankenden Erlöse aus dem Rohstoffexport (Erlösstabilisierungsziel) oder eine Bindung der Rohstoffpreise an die inflatorisch steigenden Fertigwarenpreise der Industrieländer anstreben (Preisindexierungsziel).

Die Sensitivität der Schweiz im *Kapitalaustausch* ist besonders hoch, die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Kosten, die sich aufgrund von Instabilitäten in diesem Bereich ergeben können, übertreffen sogar die des Aussenhandels (Sieber 1981). Der Anteil der Drittweltländer an schweizerischen Direktinvestitionen im Ausland beträgt zwar lediglich 13%, doch hat die Investitionstätigkeit der Schweiz in der Dritten Welt seit den fünfziger Jahren kontinuierlich zugenommen, mit einer deutlichen geografischen, branchen- und unternehmensmässigen Konzentration (Berweger 1977). Diese Tendenz zu vermehrten Auslandsinvestitionen und eine wachsende Konzentration solcher Investitionstätigkeit in Entwicklungsländern sind kennzeichnend für viele westliche Industrieländer. Dabei gewinnen Auslandsinvestitionen zum Zweck der Produktionsverlagerung ständig an Gewicht (Fröbel et al. 1977). Das Konflikt- bzw. Kooperationsverhalten von Drittweltregierungen gegenüber Direktinvestitionen dieser Art ist aus diesem Grund ein weiterer Aktivitätsbereich mit sicherheitspolitischer Relevanz für die Schweiz.

Nach wie vor sind Ausfuhren der Entwicklungsländer in die Industrieländer vor allem Ausfuhren von Rohstoffen, während umgekehrt die Exporte der Industrieländer in die Entwicklungsländer weit überwiegend Ausfuhren von Industrieprodukten sind. Unter diesem Aspekt wäre nach der *Aufnahmefähigkeit bzw. -willigkeit der Märkte der Dritten Welt* für schweizerische Industrieprodukte zu fragen, gemessen am Grad der von den Regierungen der Drittweltländer gewährten Importerleichterungen bzw. den von diesen unter dem Banner einer binnenmarktorientierten Industrialisierungsstrategie erlassenen Restriktionen. Andererseits hat der Anteil verarbeiteter Erzeugnisse an den Ausfuhren der Entwicklungsländer in die Industrieländer im Zuge der Herausbildung einer «neuen internationalen Arbeitsteilung» (Fröbel et al. 1977) in den letzten Jahren konstant zugenommen. Viele Entwicklungsländer sind von binnenmarktorientierten, importsubstituierenden zu weltmarktorientierten Industrialisierungsstrategien übergegangen. Dies hat spezifische Verhaltensformen zur Folge, die von gezielt auf bestimmte Produktkategorien angewandten Exportoffensiven bis zu

Forderungen nach einem Abbau aller Handelsschranken reichen, die den Export von Halb- und Fertigfabrikaten aus Entwicklungsländern behindern.

Die Analysen von Bestimmungsgründen des Verhaltens ausgewählter Drittweltregierungen gegenüber Industrieländern berücksichtigen demgemäss sowohl konfliktive und kooperative wirtschaftspolitische Aktivitäten in den Bereichen Investitions- und Handelspolitik als auch Stör- und Kooperationspotentiale allgemeiner Natur (Grad der Abschliessung vom Weltmarkt) und im Handels- und Kapitalberich. In *Tabelle 1* sind die entsprechenden Verhaltenskategorien zusammengestellt.

Tabelle 1: Wirtschaftspolitisches Verhalten von Drittweltregierungen: Eine Übersicht

Beziehungsbereiche	«Empfindlichkeitsbereiche» in den Beziehungen zwischen der Schweiz und Drittweltländern	Katalog der abhängigen Variablen Verhaltenskategorien (wirtschaftspolitische Massnahmen)		Stör- bzw. Kooperationspotentiale
		konfliktives Verhalten	kooperatives Verhalten	
allgemein	wirtschaftspolitische Ausrichtung eines Drittweltlandes	Grad der Abschliessung vom Weltmarkt		
Güterverkehr	Drittweltland als Lieferland von Rohstoffen	Entzug von Konzessionen	Erteilung von Konzessionen	% - Veränderung des Imports von Fertigwaren
		Konzessionsauflagen	Exportanreize	
	Drittweltland als Exportmarkt	Importbeschränkungen	Import-erleichterungen	
Kapitalverkehr	Drittweltland als Gastland für Kapitalinvestitionen	Massnahmen gegen ausländische Direktinvestitionen	Investitionsanreize	Wachstum des ausländisch kontrollierten Investitionskapitals
		– Enteignung von Unternehmen (mit Komp.)	Errichtung freier Produktionszonen	
		– Nationalisierung von Industriezweigen (mit Komp.)		
		– Konfiskation (ohne Komp.)		
		Kapitaltransferrestriktionen		

In den folgenden Abschnitten sollen exemplarisch einige Untersuchungen über Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Struktur- und Entwicklungsmerkmalen der ausgewählten Drittweltländer und deren Verhalten gegenüber den Industrieländern USA, Japan, BRD, Grossbritannien, Frankreich und der Schweiz in den sechziger und siebziger Jahren vorgestellt werden.¹ Dabei stehen aus dem in Tabelle 1 aufgeführten «Katalog» folgende Verhaltensformen im Vordergrund:

a) Massnahmen gegenüber ausländischen Direktinvestitionen

Massnahmen im Kapitalbereich, von denen Unternehmen aus westlichen Industrieländern mehr oder weniger stark betroffen sind, nehmen in der Wirtschaftspolitik von Drittweltregierungen einen breiten Raum ein und zeichnen sich durch einen hohen Grad an Differenziertheit aus. Sie reichen von betont kooperativen Verhaltensstrategien (z.B. Anreize für ausländische Investitionstätigkeit in verschiedenen Industrie- und Dienstleistungssektoren, Errichtung freier Produktionszonen) bis zu mehr oder weniger konfliktiven Auseinandersetzungen mit ausländischen Unternehmen oder Regierungen (punktuelle Einschränkungen in der Tätigkeit ausländischer Firmen, im Extremfall entschädigungslose Enteignungen).

Innerhalb der Klasse *konfliktiver Verhaltensweisen* gilt es zu unterscheiden zwischen Restriktionen, die lediglich Teilbereiche der Investitionstätigkeit betreffen und umfassenden, das gesamte Investitionsklima verändernden Massnahmen. Zur ersten Kategorie gehören beispielsweise *Kapitaltransferrestriktionen*, das heisst Beschränkungen in der Überweisung finanzieller Mittel (Gewinne, Dividenden) von einer ausländischen Tochterfirma ins Mutterland des Konzerns. In die zweite Kategorie fallen Massnahmen, die unter dem Stichwort «*Nationalisierung ausländischer Unternehmen*» zusammengefasst werden können. Hier müsste zusätzlich unterschieden werden zwischen der *Enteignung* einzelner Firmen mit Entschädigung, der *Nationalisierung* ganzer Industriezweige mit Entschädigung und einer *Konfiskation* einzelner Unternehmen oder ganzer Branchen ohne Kompensationszahlungen (Fry 1982). Der hier verwendete *Nationalisierungsindex* misst die Häufigkeit erzwungener Veränderungen in den Besitzverhältnissen ausländischer Unternehmen im Zeitraum 1970–1979, gewichtet nach dem Konfliktgehalt der Massnahmen.² Diese Daten wurden anhand von Keesing's Contemporary Archives, New York Times Index,

1 Die vollständige Arbeit mit zusätzlichen Analysen erscheint demnächst im Verlag Rüegger, Diessenhofen.

2 *Definition* *Gewichtung*

– Konfiskation ohne Entschädigung (Industriezweige oder einzelne Firmen)	10
– Nationalisierung ganzer Industriezweige	
– vollständige Nationalisierung mit Kompensation	7
– Teilnationalisierung mit Kompensation	6
– Enteignung einzelner Firmen mit Kompensation	5
– erzwungener Verkauf, Teilnationalisierung einzelner Firmen mit Kompensation	4
– erzwungene Neuverhandlung eines Vertrages	3

Middle East Journal, Africa Research Bulletin und zahlreichen Länderstudien erhoben.

Zur Messung des Ausmasses an *Kooperation* im Kapitalbereich sollen Massnahmen von Drittweltregierungen zur Förderung der ausländischen Investitionstätigkeit berücksichtigt werden. Dazu gehören *Investitionsanreize* in Form von Steuervergünstigungen, Erleichterungen bei der Einfuhr von Investitionsgütern und bei der Anlage von Kapital sowie staatliche Beiträge zur Entwicklung zurückgebliebener Sektoren und Regionen. Da für diesen Aspekt des wirtschaftspolitischen Verhaltens von Drittweltländern keine Daten über einen zusammenhängenden Zeitraum hinweg zur Verfügung standen, beschränkt sich die Messung der Kooperation auf einen einzigen Zeitpunkt (1977). Die Daten stammen aus dem «Compendium of Data for World System Analyses» (Bornschiefer/Heintz 1979). Investitionspolitische Kooperation wird in diesem Zusammenhang definiert als das «Ausmass, in welchem die Regierung eines Gastlandes ein Anreizsystem für Direktinvestitionen aus dem Ausland geschaffen hat» (Berweger/Hoby 1978, S. 102). Die einzelnen Vergünstigungen werden speziell gewichtet, je nachdem ob sie vollumfänglich gewährt werden oder ob sie an eine oder mehrere Auflagen geknüpft sind.

b) Handelspolitische Massnahmen

Im Bereich des Güteraustausches mit Industrieländern soll eine Verhaltensvariable berücksichtigt werden, mit der das Ausmass der in einem Drittweltland bestehenden, primär wirtschaftspolitisch bedingten Barrieren bei der Einfuhr von Gütern aus dem industrialisierten Norden erfasst werden kann. Solche *Importbeschränkungen* beinhalten sowohl eigentliche Importkontrollmassnahmen (z.B. Zwang zu Importlizenzen) als auch Währungs- und Devisentausch-Kontrollmassnahmen. Die Daten für diesen Indikator handelspolitischen Konfliktverhaltens stammen ebenfalls aus dem Kompendium von Bornschiefer/Heintz (1979). Gemessen wird das Ausmass an Beschränkungen Ende der sechziger Jahre. Leider war es nicht möglich, ähnlich präzise Angaben auch für die ausgehenden siebziger Jahre zu erhalten.

c) Allgemeine Verhaltensvariablen

Neben Einzelvariablen umfasst der Katalog der abhängigen Variablen auch zusammengesetzte Indices, mit denen allgemeine Aspekte des wirtschaftspolitischen Verhaltens ausgewählter Drittweltländer gegenüber Industrieländern erfasst werden sollen.

(Fortsetzung der Anmerkung) Bei der Gewichtung der einzelnen Ereignisse wurde berücksichtigt, dass eine Enteignung ausländischer Unternehmen ohne Kompensationszahlungen eine wesentlich feindseligere Haltung einer Drittweltregierung ausdrückt als Nationalisierungen oder Enteignungen mit entsprechender Entschädigung. Die Nationalisierungen und Enteignungen mit Kompensationszahlungen wurden zudem noch nach ihrem Umfang und ihrem Geltungsbereich rangiert und entsprechend gewichtet.

Grad der Abschliessung vom Weltmarkt, etwa 1970

Dieser Index, der von Scheidegger (1981) übernommen wird, verbindet strukturelle wirtschaftliche Merkmale der Verknüpfung eines Drittweltlandes mit der Weltwirtschaft (Mitgliedschaft bei internationalen Wirtschaftsorganisationen, Patentgewährung an Ausländer, Verschuldungsgrad, Aussenhandelsanteil) mit wirtschaftspolitischen Massnahmen der Regierung dieses Landes (Investitionsanreize, Kapitaltransferrestriktionen, Importbeschränkungen, Nationalisierungen) auf einem Kontinuum Abschliessung – Integration.³

Wirtschaftspolitisch konfliktives Verhalten, 1968–1977

Mit diesem Index wird die Häufigkeit der von Drittweltregierungen initiierten Aktionen mit dem Ziel einer Erschwerung oder eines Abbruchs der wirtschaftlichen Beziehungen zu Industrieländern gemessen. Die einzelnen Aktionen werden nach ihrem Konfliktgehalt gewichtet. Konfliktereignisse dieser Art wären etwa Wirtschaftsboykotte, Erschwerung der Tätigkeit ausländischer Unternehmen, Restriktionen im Handels- oder Währungsbe- reich, kompensationslose Nationalisierung ausländischer Unternehmen, Wirtschaftsblockaden oder der Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen. Die Daten stammen aus der COPDAB-Ereignisdatenbank (Conflict and Peace Data Bank, Azar 1980).

Wirtschaftspolitisch kooperatives Verhalten, 1968–1977

Dies sind Aktionen von Drittweltregierungen im wirtschaftlichen Bereich mit dem Ziel einer Herstellung bzw. Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu Industrieländern. Auch diese Aktivitäten werden nicht nur aufsummiert, sondern zusätzlich noch nach ihrem Kooperationsgehalt ge- wichtet. Neben der Zustimmung zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit und

3 Der Index umfasst die folgenden Indikatoren (in Klammern Gewichtungsfaktoren, vgl. Scheidegger 1981, Anhang):

- | | | |
|---|---|--|
| a) Mitgliedschaft (1) bei internationalen Wirtschaftsorganisationen | } | institutionelle
Verknüpfung mit der
Weltwirtschaft |
| b) Anzahl der Patente (1), die Ausländern gewährt worden sind, pro Kopf der Bevölkerung | | |
| c) Anteil der Auslandverschuldung der öffentlichen Hand (2) am BIP | } | wirtschaftliche
Verknüpfung mit der
Weltwirtschaft |
| d) Aussenhandel (2): Summe aller Importe und Exporte, in % des BIP | | |
| e) Investitionsanreize (1) | } | wirtschaftspolitische
Massnahmen |
| f) Restriktionen bezüglich des Transfers von Gewinnen (1) | | |
| g) Importbeschränkungen (1) | | |
| h) Anzahl Nationalisierungen von privaten Unternehmen (1) | | |

Die Rohwerte dieser Variablen wurden auf den Wertebereich von 0 bis 10 (= maximale Abschliessung) standardisiert. Die Variable «Abschliessung vom Weltmarkt» entspricht dann dem arithmetischen Mittel der (gewichteten) Summe aller standardisierten Variablen, die gültige Werte aufweisen.

dem Abschluss von Handelsverträgen gehört beispielsweise auch die Aufhebung wirtschaftlicher Restriktionen (Reduktion von Importschranken, Förderung exportorientierter Investitionen ausländischer Unternehmen) in die Kategorie wirtschaftlich kooperativer Verhaltensweisen. Auch diese Daten stammen aus dem COPDAB-Projekt.

II. Ursachen des wirtschaftspolitischen Konflikt- und Kooperationsverhaltens von Drittweltländern gegenüber Industrieländern

1. Wirtschaftliche Entwicklung und investitions- und handelspolitische Verhaltensweisen von Drittweltländern

Einige Drittweltländer konnten im Verlaufe der sechziger und siebziger Jahre überdurchschnittlich hohe *wirtschaftliche Wachstumsraten* verzeichnen. Ausgehend von einem im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern hohen wirtschaftlichen Entwicklungsstand, ist das Pro-Kopf-Einkommen in Ländern wie Südkorea, Taiwan, Singapur, Saudiarabien, Irak, Libyen und Brasilien in den letzten zwanzig Jahren durchschnittlich um mehr als 5% jährlich gewachsen (Weltbank 1982). Diese Länder werden gemeinhin als «Schwellenländer» bezeichnet. Diese Entwicklung kann jedoch nicht primär auf das Vorhandensein innerer Wachstumskräfte zurückgeführt werden. Vielmehr leisten äussere Akteure einen entscheidenden Beitrag. Untersuchungen haben gezeigt, dass die Präsenz und die Investitionstätigkeit ausländischer Unternehmen für relativ weiterentwickelte Länder der Dritten Welt einen positiven Effekt auf deren internes Wirtschaftswachstum haben (Sylvan et al. 1979). Daraus kann geschlossen werden, dass die Eliten in diesen Ländern alles Interesse an einer Fortsetzung und Stärkung der Bindungen mit Regierungen und Wirtschaftsunternehmen aus Industrieländern haben.

Andererseits kann ein rasches wirtschaftliches Wachstum eine Regierung auch in erhebliche innenpolitische Schwierigkeiten bringen. Da eine Zunahme des Bruttosozialproduktes pro Kopf der Bevölkerung an sich noch nichts aussagt über die Verteilung des Wohlstandszuwachses, liegen eine Verschärfung bereits bestehender ungleicher Einkommensverteilungen und eine Zunahme regionaler Disparitäten immer im Bereich des Möglichen, ja sind bei besonders raschem Wirtschaftswachstum angesichts der in vielen Drittweltländern existierenden Sozialstrukturen sogar wahrscheinlich. Allerdings gibt der Zuwachs wirtschaftlicher Ressourcen einer Regierung ein nicht zu unterschätzendes Instrument in die Hand, um eventuell entstehende Unzufriedenheiten in der Bevölkerung und eine daraus resultierende wachsende Opposition im Innern durch verschiedene Kooptationsstrategien aufzufangen («to buy off the opposition», Widmaier 1982). Auch aus diesem Grunde ist bei Entwicklungsländern mit einem hohen Entwicklungsstand und hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten damit zu rechnen, dass sich die Regierungen dieser Länder gegenüber Industrielän-

dern im allgemeinen kooperativ verhalten, um eine fortgesetzte wirtschaftliche Entwicklung nicht zu gefährden. Dasselbe gilt für Drittweltländer mit einer fortgeschrittenen *Industrialisierung*. Je konsequenter im Innern eines Entwicklungslandes eine Industrialisierungsstrategie verfolgt wird, desto stärker wird sich die Regierung dieses Landes um die Schaffung bzw. Erhaltung interner und externer Wachstumsimpulse bemühen, was wiederum ihr wirtschaftspolitisches Verhalten gegenüber Industrieländern positiv beeinflussen wird.

Hypothese: Je höher der wirtschaftliche Entwicklungsstand und je höher die wirtschaftlichen Wachstumsraten eines Landes der Dritten Welt sind, desto weniger konfliktiv ist das wirtschaftspolitische Verhalten dieser Regierung gegenüber Industrieländern.

Wirtschaftliche Entwicklung wird gemessen als jährliches, durchschnittliches Wachstum des Bruttosozialproduktes pro Kopf der Bevölkerung (in Prozenten). Die jährlich erhobenen Daten für die Durchschnittseinkommen stammen aus dem von der IBRD (International Bank for Reconstruction and Development) herausgegebenen «World Bank Atlas» (verschiedene Jahrgänge). Die Wachstumsraten wurden nach einer von der Weltbank entwickelten Formel berechnet.

Die Daten für die *Industrialisierungsraten* in den sechziger und siebziger Jahren stammen aus dem Weltentwicklungsbericht 1982, herausgegeben von der Weltbank.

Tabelle 2: Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Entwicklungsindikatoren und konfliktivem bzw. kooperativem wirtschaftspolitischem Verhalten (Pearson-Korrelationskoeffizienten)

	wirtschaftliche Entwicklung, 1970–1979	Veränderung des %-Anteils des Industrie- sektors am BIP, 1970–80	wirtschaftliche Entwicklung, 1960–1979	Veränderung des %-Anteils des Industrie- sektors am BIP, 1960–70
erzwungene Übernahme ausländischer Unternehmen, 1970–79	–0.60** (N = 24)	–0.57** (N = 20)		
Investitionsanreize, ca. 1977	0.38 (N = 16)	0.09 (N = 13)		
Grad der Abschliessung vom Weltmarkt, ca. 1970			–0.32 (N = 24)	–0.33 (N = 15)
Importbeschränkungen, ca. 1968			–0.39* (N = 24)	–0.17 (N = 15)

* $p \leq .05$

** $p \leq .01$

Die *Analysen* zeigen (Tab. 2 und 3), dass sich Länder mit einem starken Wirtschaftswachstum gegenüber Industrieländern sowohl im investitions- als auch im handelspolitischen Bereich weniger konfliktiv verhalten und sich durch eine höhere Kooperationsbereitschaft, z. B. in Form verstärkter Investitionsanreize für ausländische Firmen, auszeichnen. Darüber hinaus sind auch stark industrialisierte Drittweltländer und Länder mit einem starken Wachstum der industriellen Produktion kooperationswilliger und greifen seltener zu investitions- und handelspolitischen Konfliktstrategien. Solche Länder sind gegenüber dem Weltmarkt auch offener als weniger industrialisierte Länder. In bezug auf das allgemeine wirtschaftspolitische Konfliktverhalten deuten die Ergebnisse der Regressionsanalyse (Tab. 3, zweite Spalte) allerdings darauf hin, dass eine forcierte Industrialisierung in Drittweltländern auch die Reibungsflächen in den Beziehungen mit Industrieländern erhöhen kann. Der konfliktverschärfende Effekt dieser Variable ist jedoch gering.

Tabelle 3: Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Entwicklung, Industrialisierungsgrad und dem Konfliktverhalten ausgewählter Drittweltländer

Prädiktoren	abhängige Variablen	
	erzwungene Übernahme ausländischer Unternehmen, 1970–79	wirtschaftlicher Konflikt, 1973–77
wirtschaftliche Entwicklung, 1970–79	–5.82* –0.42 (–2.15)	
Anteil der Fertigwarenindustrie am BIP, 1970	–1.05 –0.23 (–1.16)	
wirtschaftliche Entwicklung, 1970–75		–0.35* –0.66 (–2.15)
Industrialisierung, 1970–80		0.10 0.25 (0.84)
Ausgaben der Zentralregierung in % des BSP, 1970		0.05 0.23 (1.12)
Konstante	66.61	1.07
N	23	20
R ² (bereinigt)	0.19	0.27

Anmerkung: erste Zeile unstandardisierter Regressionskoeffizient, zweite Zeile standardisierter Beta-Koeffizient, dritte Zeile t-Wert. Regressionskoeffizienten, die mindestens doppelt so hoch sind wie ihr Standardfehler, sind mit einem * versehen.

2. Wirtschaftskrisen, Modernisierungsprobleme und das Aussenverhalten von Drittweltländern

In den meisten Entwicklungsländern sind durch eine in der Folge der Dekolonisation beschleunigte innere Entwicklung neue Statusdimensionen geschaffen worden (Bildung, Urbanisierung), die die zuvor auf individueller Ebene isolierten Erwartungen von Bevölkerungsgruppen neu strukturiert haben. Diese Erwartungen sind aber zumeist schwierig zu erfüllen, da sich gleichzeitig ein neues Statusungleichgewicht zwischen diesen modernen, «vorausseilenden» Statusdimensionen und einer zurückbleibenden ökonomischen Struktur herausbildet. Daraus resultieren «strukturelle Spannungen» (Heintz 1972), die für die politische Stabilität des betreffenden Landes gefährlich werden können, vor allem dann, wenn wirtschaftlich und politisch stark benachteiligte Bevölkerungsgruppen von asynchronen Wachstumsprozessen betroffen sind (Moser 1983).

Von solchen *Modernisierungsproblemen* und Schwankungen im wirtschaftlichen Wachstumsprozess gehen auch *Effekte auf das aussenpolitische Verhalten* aus.

Für ein aufgrund einer ungleichgewichtigen Modernisierung und infolge krisenhafter wirtschaftlicher Entwicklungen innenpolitisch gefährdetes Regime kann konfliktives Verhalten gegenüber ausländischen Regierungen oder fremden Wirtschaftsunternehmen im eigenen Land ein Mittel sein, um seine Herrschaftsposition nach innen abzusichern und seine Legitimität gegenüber der eigenen Bevölkerung zu erhöhen. Nationalisierungen oder andere gegen die Industrieländer gerichtete wirtschaftspolitische Restriktionen können von politisch instabilen Regierungen durchaus als Waffen im Kampf um Machtpositionen benutzt werden, denn gerade in unterentwickelten Gesellschaften haben Rückschläge oder Niederlagen in diesem Wettbewerb für die betreffenden Gruppen unmittelbare und schwerwiegende Folgen. Andererseits ist der politische Nutzen dramatischer Massnahmen, die etwa die Beziehungen zu Industrieländern und ausländischen Wirtschaftsunternehmen tiefgreifend verändern (z.B. entschädigungslose Verstaatlichungen), zumindest kurzfristig relativ hoch (Jodice 1980).

Verläuft der Modernisierungsprozess in einem Entwicklungsland dagegen relativ gleichgewichtig und ist die Gefahr politischer Destabilisierungen aufgrund krisenhafter sozioökonomischer Entwicklungen gering, so dürfte das Regime ein Interesse an freundschaftlichen Wirtschaftsbeziehungen mit Akteuren aus dem industrialisierten Norden haben. Dies wird umso eher der Fall sein, als zur Aufrechterhaltung einer gleichgewichtigen Modernisierung die Sicherung eines fortgesetzten wirtschaftlichen Wachstums den empfindlichsten Punkt darstellt. Somit werden die Regierungen derjenigen (reicheren) Entwicklungsländer, die schon bisher ein gewisses wirtschaftliches Wachstum zu verzeichnen hatten versuchen, durch ein betont kooperatives Verhalten gegenüber den Regierungen von Industrieländern oder gegenüber Unternehmen aus Industrieländern die wirtschaftlichen Wachstumsraten zu stabilisieren oder wenn möglich zu erhöhen.

Hypothese: Je stärker die innere Stabilität eines Landes durch krisenhafte sozioökonomische Entwicklungen und einen ungleichgewichtigen Modernisierungsprozess gefährdet ist, desto konfliktiver wird das Verhalten des betreffenden Drittweltlandes gegenüber Industrieländern sein.

Je gleichmässiger aber das Wachstum der einzelnen Dimensionen sozioökonomischer Modernisierung in einem Land ist, desto stärker ist die Regierung des betreffenden Entwicklungslandes zur Garantie eines fortgesetzten wirtschaftlichen Wachstums auf Zusammenarbeit mit Industrieländern angewiesen und desto kooperativer wird ihr Verhalten gegenüber Regierungen und Unternehmen von Industrieländern sein.

- Das *Ausmass einer asynchronen Gesamtentwicklung* in einem Land im Sinne eines Ungleichgewichts zwischen den «vorausseilenden» Modernisierungsdimensionen Bildung und Urbanisierung und einer zurückbleibenden wirtschaftlichen Entwicklung wird mit einem zusammengesetzten Index gemessen:

$$\begin{array}{lcl} \text{Modernisierungs-} & & \text{(Bildungsdiffusion – wirtschaftliche} \\ \text{ungleichgewicht} & = & \text{Entwicklung) + (Urbanisierung –} \\ & & \text{wirtschaftliche Entwicklung)} \end{array}$$

Bildungsdiffusion, verstanden als Veränderung des Bildungspotentials in einem Land in einem bestimmten Zeitraum, wird definiert als Differenz zwischen der Bruttoeinschulungsquote auf den Stufen Grundbildung und mittlere Bildung zum Zeitpunkt t_2 (1970, 1975) und der entsprechenden Quote zum Zeitpunkt t_1 (1965, 1970). (Scheidegger 1981).

Die *Urbanisierungsrate* wird als Differenz zwischen dem Urbanisierungsgrad (prozentualer Anteil der Bevölkerung in Städten von 100 000 oder mehr Einwohnern an der Gesamtbevölkerung) zum Zeitpunkt t_2 und dem Urbanisierungsgrad zum Zeitpunkt t_1 berechnet. Datenquelle sind die World Tables 1980.

Wirtschaftliche Entwicklung wird gemessen als jährliches, durchschnittliches Wachstum des Bruttosozialproduktes pro Kopf der Bevölkerung (in Prozenten).

Für die Indexbildung wurden jeweils die Standardwerte (z-Werte) der drei Indikatoren für Bildungsdiffusion, Urbanisierung und wirtschaftliche Entwicklung benutzt.

- Schwankungen in der wirtschaftlichen Entwicklung und eine hohe Auslandverschuldung sind Ausdruck *krisenhafter wirtschaftlicher Entwicklungen*. Diese beiden Indikatoren werden mit der Rohfluktuation des Pro-Kopf-Einkommens vom BSP p.c.-%-Trend und der Auslandverschuldung pro Kopf der Bevölkerung erfasst. Datenquellen sind der von der IBRD herausgegebene «World Bank Atlas» (BSP-Daten 1970–1979 und daraus berechnete Schwankungen) und die «World Debt Tables».

In *Tabelle 4* sind die Ergebnisse der Korrelationsanalysen zusammengefasst, die erste Hinweise auf die Effekte wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungskrisen auf das Aussenverhalten ausgewählter Drittweltländer erlauben.

Tabelle 4: Zusammenhänge zwischen verschiedenen Indikatoren für wirtschaftliche und soziale Wachstumskrisen und konfliktivem bzw. kooperativem wirtschaftspolitischem Verhalten

	Schwankungen im Wirtschaftswachstum, 1970–79	ungleichgewichtiger Modernisierungs- prozess, 1970–75	ungleichgewichtiger Modernisierungs- prozess, 1965–70
erzwungene Übernahme ausländischer Unternehmen, 1970–79	0.34* (N = 24)	0.58** (N = 22)	
Beschränkungen im Transfer von Gewinnen und Dividenden, ca. 1977	0.58** (N = 16)	0.37 (N = 15)	
Importbeschränkungen, ca. 1968			0.45* (N = 24)
Grad der Abschliessung vom Weltmarkt, ca. 1970			0.24 (N = 24)
Investitionsanreize, ca. 1977	0.05 (N = 16)	–0.25 (N = 15)	

* $p \leq .05$

** $p \leq .01$

Länder mit starken Schwankungen in der wirtschaftlichen Entwicklung neigen demnach eher zu konfliktivem Verhalten gegenüber Industrieländern, vor allem im Kapitalbereich (erzwungene Übernahme ausländischer Unternehmen, Kapitaltransferrestriktionen). Gleichfalls weisen Länder mit einer ungleichgewichtigen sozioökonomischen Modernisierung eine relativ deutliche Tendenz zu konfliktivem Verhalten in den Bereichen Investitions- und Handelspolitik (Restriktionen beim Import von Gütern aus Industrieländern) auf. Dementsprechend geringer ist auch die Kooperationsbereitschaft, und es sind bei diesen Ländern auch häufiger Abschlies-
sungstendenzen gegenüber dem Weltmarkt zu beobachten.

Geht man von dieser Interpretation bivariater Zusammenhänge einen Schritt weiter und analysiert den gemeinsamen Effekt dieser sozioökonomischen Krisenfaktoren auf das wirtschaftspolitische Verhalten von Drittweltländern, so ergibt sich folgendes Bild (*Tab. 5*):

Tabelle 5: Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Krisen, sozioökonomischer Instabilität und dem Konflikt- bzw. Kooperationsverhalten ausgewählter Drittweltländer gegenüber Industrieländern

Prädiktoren	abhängige Variablen			
	erzwungene Übernahme ausländischer Unternehmen, 1970–79	wirtschaftlicher Konflikt, 1973–77	Grad der Abschliessung vom Weltmarkt, ca. 1970	wirtschaftliche Kooperation, 1973–77
Schwankungen im Wirtschaftswachstum, 1970–79	3.79 0.19 (1.04)			
ungleichgewichtige Modernisierung, 1970–75	10.75* 0.47 (2.49)	0.67* 0.65 (3.11)		0.60 0.46 (1.71)
Auslandverschuldung pro Kopf, 1975	0.10 0.34 (1.86)			
Schwankungen im Wirtschaftswachstum, 1970–75		0.36 0.34 (1.44)		0.41 0.33 (1.37)
Auslandverschuldung pro Kopf, 1971		–0.009 –0.33 (–1.36)		–0.006 –0.17 (–0.60)
ungleichgewichtige Modernisierung, 1965–70			0.09 0.25 (1.10)	
Schuldendienste 1971 in % der Exporteinnahmen			0.03 0.28 (1.23)	
Konstante	3.36	2.48	5.17	2.75
N	19	18	21	18
R ² (bereinigt)	0.45	0.38	0.09	0.16

1. Wirtschaftliche Krisen- und Belastungsfaktoren haben einen stärkeren Einfluss auf das wirtschaftliche Konflikt- als auf das Kooperationsverhalten.
2. Die Wirtschaftspolitik von Drittweltregierungen richtet sich relativ stark nach dem Gang der sozioökonomischen Modernisierung. Ungleichgewichtige Wachstumsprozesse in Drittweltländern erhöhen das Risiko von Konflikten in den Beziehungen zu Industrieländern, wobei sich diese Konflikte dann vor allem in einer stärkeren Neigung zu gewaltsamem Vorgehen gegen ausländische Unternehmen niederschlagen.
3. In bezug auf das allgemeine wirtschaftliche Aussenverhalten von Drittweltländern beeinflussen die meisten sozioökonomischen Krisen- bzw. Belastungsfaktoren sowohl das Konflikt- als auch das Kooperationsver-

halten positiv, das heisst: Je mehr wirtschaftliche Schwierigkeiten, desto mehr Konflikt *und* desto mehr Kooperation gegenüber europäischen Industrieländern. Allerdings überwiegt das Risiko der Wahl konfliktiver Verhaltensstrategien.

4. Im allgemeinen vermögen wirtschaftliche Krisen- und Belastungsindikatoren einen relativ hohen Anteil der Varianz im wirtschaftspolitischen Verhalten von Drittweltregierungen gegenüber Regierungen und Firmen westlicher Industrieländer zu erklären. Dieser liegt vor allem in bezug auf das investitionspolitische Konfliktverhalten (erzwungene Nationalisierungen usw.) höher als bei wirtschaftlichen Entwicklungsvariablen.

3. Die Auswirkungen politischer Instabilität, regionaler und internationaler Konflikte

Im folgenden soll geprüft werden, ob politische Strukturmerkmale, insbesondere das *Ausmass an politischer Instabilität*, einen signifikanten Einfluss auf wirtschaftspolitische Konfliktverhaltensstrategien von Drittweltregierungen haben. Den Ausgangspunkt der Überlegungen stellt die sogenannte *Externalisierungsthese* dar. Demnach wären in Drittweltländern, die sich in einem sozialen Modernisierungsprozess befinden, wirtschaftliche und politische Forderungen an die zentralen politischen Autoritäten und der damit verbundene Erwartungshorizont einzelner gesellschaftlicher Gruppen besonders hoch. Da die Erfüllung dieser Forderungen und Erwartungen aber aufgrund wirtschaftlicher Entwicklungsprobleme, aber auch als Folge bürokratischer Deformationen und soziokultureller Diskriminierungspraktiken nicht oder nur ungenügend gegeben ist, ist die Gefahr politischer Proteste und gewaltsamer Angriffe gegen das Regime besonders gross. Diese Gefahr ist umso grösser, je fähiger grosse und stark benachteiligte gesellschaftliche Gruppen sind, ihre Interessen zu artikulieren und eine Opposition gegen das Regime zu organisieren (Widmaier 1978). In dieser Situation kann ein solchermassen politisch instabiles Regime zu verstärkten aussenpolitischen Konfliktengagements Zuflucht nehmen, um entweder von den inneren Schwierigkeiten abzulenken oder sich fehlende finanzielle Ressourcen durch gezielte wirtschaftspolitische Massnahmen gegen ausländische Unternehmen im eigenen Land zu verschaffen.

Hypothese: Je stärker die politische Ordnung eines Drittweltlandes durch gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Regime und Oppositionsgruppen erschüttert ist, desto konfliktiver wird das wirtschaftspolitische Verhalten des intern gefährdeten Regimes gegenüber Industrieländern sein.

Es kann nicht darum gehen, die sehr komplizierten Zusammenhänge und kausalen Beziehungsmuster zwischen inneren Konflikten und aussenpoli-

tischem Verhalten im Detail aufzuspüren und zu analysieren. Es sollen vielmehr die direkten Beziehungen zwischen dem Ausmass an politischer Instabilität in einem Drittweltland und verschiedenen wirtschaftspolitischen Verhaltensweisen konfliktiver und kooperativer Natur untersucht werden. Dabei beschränken wir uns vorerst auf Korrelationsanalysen zur Prüfung bivariater Zusammenhänge. Danach werden die politischen Instabilitätsindikatoren mit regionalen und internationalen Spannungsvariablen angereichert, um deren gemeinsame Effekte auf das Verhalten von Drittweltregierungen gegenüber Industrieländern zu untersuchen.

Die *Operationalisierung* innerstaatlicher Konfliktivität stützt sich auf die Ergebnisse zahlreicher faktorenanalytischer Untersuchungen innerstaatlicher Gewaltereignisse (Hibbs 1973, Widmaier 1978, Moser 1983). Demnach kann politischer Protest in zwei Dimensionen unterteilt werden, die sich nach Ausmass und Intensität der Gewaltanwendung unterscheiden:

- a) *kollektiver Protest*: relativ spontane, mehr oder weniger strukturierte Massenausbrüche von politischer Gewalt mit geringem Blutvergiessen. Das Ausmass an kollektivem Protest in einem Drittweltland im Zeitraum 1970–77 bezeichnet die Summe aus Protestdemonstrationen, Krawallen und politischen Streiks.
- b) *Bürgerkrieg*: organisierte, zielgerichtete politische Gewalt auf breiter Basis, fast immer begleitet von weitläufiger Gewalt und hohem Blutvergiessen. Das Ausmass an Bürgerkrieg in einem Drittweltland im Zeitraum 1970–77 bezeichnet die Summe aus bewaffneten Angriffen, politischen Morden und der Zahl der Toten als Folge politischer Gewaltereignisse.

Als Datenquelle für innerstaatliche Gewaltereignisse dient Taylor/Jodice 1983 (vol. 2).

Aus den in *Tabelle 6* zusammengestellten Resultaten der Korrelationsanalysen wird deutlich, dass sich die Auswirkungen politischer Instabilität auf das wirtschaftspolitische Konflikt- und Kooperationsverhalten je nach Bereich relativ stark unterscheiden. Für die siebziger Jahre kann kein signifikanter Einfluss der beiden Indices für politische Instabilität auf das allgemeine Konfliktverhalten gegenüber ausländischen Unternehmen festgestellt werden. Hingegen beeinflusst der Grad der politischen Instabilität Teilbereiche dieses konfliktiven Verhaltens: Je grösser das Ausmass an politischer Gewalt in einem Drittweltland ist, desto stärker neigt die Regierung dieses Landes zu einer restriktiven Politik im Kapitaltransferbereich. Werden Nigeria und Libanon, die beide in der Untersuchungsperiode extrem hohe politische Instabilitätswerte aufweisen, von der Analyse ausgeschlossen, so verstärkt sich dieser Zusammenhang noch erheblich. Darüber hinaus wird dann auch der Zusammenhang zwischen politischer Instabilität und der allgemeinen Richtung der Wirtschaftspolitik signifikant: Je grösser das Ausmass an politischer Gewalt in einem Land ist und je stärker

Tabelle 6: Zusammenhänge zwischen politischer Instabilität und konfliktivem bzw. kooperativem wirtschaftspolitischem Verhalten ausgewählter Drittweltländer gegenüber Industrieländern

	<i>gesamte Länderauswahl</i>		<i>ohne «Ausreisser» Nigeria und Libanon</i>	
	kollektiver Protest, 1970–77	Bürgerkrieg, 1970–77	kollektiver Protest, 1970–77	Bürgerkrieg, 1970–77
erzwungene Übernahme ausländischer Unternehmen, 1970–79	–0.10 (N = 26)	0.09 (N = 26)	–0.13 (N = 24)	–0.00 (N = 24)
Beschränkungen im Transfer von Gewinnen und Dividenden, ca. 1977	0.44* (N = 18)	0.16 (N = 18)	0.59** (N = 16)	0.49* (N = 16)
Grad der Restriktivität in der Wirtschaftspolitik, ca. 1977	0.12 (N = 18)	0.19 (N = 18)	0.27 (N = 16)	0.46* (N = 16)
Investitionsanreize, ca. 1977	–0.05 (N = 18)	–0.19 (N = 18)	0.02 (N = 16)	0.05 (N = 16)
	kollektiver Protest, 1968–72	Bürgerkrieg, 1968–72	kollektiver Protest, 1968–72	Bürgerkrieg, 1968–72
Grad der Abschliessung vom Weltmarkt, ca. 1970	0.33* (N = 26)	0.37* (N = 26)	0.49** (N = 24)	0.39* (N = 24)

* $p \leq .05$

** $p \leq .01$

die Auseinandersetzungen die Form bewaffneter Angriffe dissidenter Gruppen gegen das Regime annehmen, desto restriktiver wird die Politik der Regierung gegen ausländische Unternehmen in Form häufiger und weitgehender staatlicher Eingriffe, straffer Kapitaltransferbestimmungen und seltener Investitionsanreize. Darüber hinaus neigen politisch instabile Drittweltländer auch eher zu wirtschaftspolitischen Abschliessungsstrategien.

Als Erweiterung der ursprünglichen Fragestellung sollen im folgenden über die Beziehungen zwischen innerstaatlichen Konflikten und dem ausenwirtschaftlichen Konfliktverhalten hinaus noch die *Effekte regionaler und internationaler Spannungen auf das wirtschaftspolitische Verhalten ausgewählter Drittweltländer* in den sechziger und siebziger Jahren untersucht werden. Zur Messung regionaler und internationaler (zwischenstaatlicher) Spannungen werden folgende Indikatoren benutzt:

1. *Regionale Spannungen* treten dann auf, wenn ein Land sich gegenüber seinen Nachbarn besonders häufig feindselig verhält, sei dies auf wirtschaftlichem, militärischem, kulturellem oder diplomatischem Gebiet. Der regionale Spannungsindikator misst somit die Häufigkeit der von einem Land initiierten und gegen die angrenzenden Nachbarländer gerichteten Konflikt-handlungen im Zeitraum 1968–1977.
2. *Internationale (zwischenstaatliche) Spannungen* werden hier auf den Aspekt des Ausmasses an Feindseligkeiten in den Beziehungen zwischen ausgewählten Industrieländern und dem betreffenden Drittweltland beschränkt. Spannungen sind dann vorhanden, wenn die Regierungen von Industrieländern besonders häufig zu feindseligen Massnahmen greifen, sei dies auf wirtschaftlichem, militärischem, kulturellem oder diplomatischem Gebiet. Für die folgenden Analysen sind vor allem die gegen ein Drittweltland gerichteten *wirtschaftlichen Konflikt-handlungen* von Interesse. Der Indikator für den Grad internationaler (zwischenstaatlicher) Spannungen misst somit die Häufigkeit der von den ausgewählten Industrieländern USA, Japan, Grossbritannien, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland und Schweiz initiierten und gegen ein Drittweltland gerichteten wirtschaftlichen Konflikt-handlungen, aggregiert über verschiedene Zeiträume.

Als Datenquelle für beide Spannungsindikatoren dient wiederum die COPDAB-Ereignisdatenbank (Azar 1980).

Die Regressionsanalysen in *Tabelle 7* zeigen die gemeinsame Erklärungskraft der innerstaatlichen, regionalen und internationalen Instabilitäts- und Konfliktindikatoren für verschiedene Indikatoren des konfliktiven und kooperativen wirtschaftspolitischen Verhaltens ausgewählter Drittweltländer. Darüber hinaus geben diese Analysen auch einen genaueren Aufschluss über den Erklärungsanteil der einzelnen Prädiktoren, vor allem der politischen Instabilitäts- im Vergleich mit anderen Konflikt- und Spannungsindikatoren.

Als erstes fällt auf, dass sich die Einflussgewichte der einzelnen Erklärungsvariablen relativ stark unterscheiden, je nachdem mit welchen Indikatoren das zu erklärende Verhalten gemessen wird.

Das Ausmass, mit dem sich Industrieländer gegenüber Drittweltländern auf wirtschaftlichem Gebiet feindselig verhalten, trägt am stärksten zur Erklärung *konfliktiver Verhaltensstrategien von Drittweltregierungen gegenüber ausländischem Kapital* bei (erste Spalte der Tabelle). Betrachtet man den gesamten Untersuchungszeitraum, also sowohl die sechziger als auch die siebziger Jahre, so wird dieser Effekt besonders deutlich: Je schlechter die Beziehungen zwischen Industrieländern und einem Land der Dritten Welt sind und je deutlicher dies durch «unfreundliche» Massnahmen von Seiten westlicher Regierungen zum Ausdruck gebracht wird, desto grösser ist das Risiko von Enteignungsaktionen der Regierung des betroffenen Drittweltlandes gegen Unternehmen aus Industrieländern. Der Anteil der erklärten Varianz ist mit 50% recht beachtlich. Der Grad der politischen

Tabelle 7: Der Zusammenhang zwischen politischer Instabilität, regionalen und internationalen Spannungen und dem wirtschaftspolitischen Konfliktverhalten ausgewählter Drittweltländer gegenüber Industrieländern

Prädiktoren	abhängige Variablen			
	Enteignungs- aktionen gegen ausländische Unternehmen, 1960–76	Importbe- schränkungen, ca. 1968	Grad der Abschliessung vom Weltmarkt, ca. 1970	wirtschaftlicher Konflikt gegen Industrieländer, 1973–77
Bürgerkrieg				
I 1960–77	2.43 0.24 (1.50)			
II 1963–67		0.14 0.33 (1.87)		
III 1968–72			0.16* 0.37 (2.02)	
IV 1973–77				–0.28 (–0.23) –0.35 (–0.25) (–1.65) (–1.20)
Konfliktaktivität in der Region				
I 1963–77	–0.00005 –0.13 (–0.62)			
II 1963–67		0.0002 0.33 (1.87)		
III 1968–72			0.00005 0.15 (0.73)	
IV 1973–77				0.44 (0.51*) 0.41 (0.47) (1.78) (2.20)
wirtschaftlicher Konflikt von IL gegen Drittweltländer				
I 1963–77	0.01* 0.74 (3.44)			
II 1963–67		0.003 0.28 (1.55)		
III 1968–72			0.006 0.31 (1.56)	
IV 1973–77				0.22 (0.33) 0.18 (0.26) (0.86) (1.31)
Konstante	0.51	1.59	4.24	0.14 (–0.90)
N	23	25	25	25 (23)
R ² (bereinigt)	0.50	0.29	0.22	0.12 (0.22)

Anmerkung: in Klammern die Ergebnisse der Regressionsanalysen ohne die beiden «Ausreisser» Nigeria und Libanon.

Instabilität hat dagegen eine vergleichsweise schwache Erklärungskraft für dieses Konfliktverhalten. Ein hohes Ausmass an innerem Krieg in einer Entwicklungsgesellschaft hat eher zur Folge, dass sich ein davon betroffenes Drittwelltland *vom Weltmarkt abschliesst* (dritte Spalte). Innerer Krieg als besonders gewaltsame Form innerstaatlicher Konflikte beeinflusst auch den Grad restriktiver Massnahmen in der Handelspolitik (zweite Spalte). Ein relativ starkes Gewicht erhält die regionale Konfliktvariable bei der Erklärung des *allgemeinen wirtschaftlichen Konfliktverhaltens* von Drittwelltregierungen gegenüber Industrieländern (letzte Spalte der Tabelle): Drittwelltländer, die relativ häufig in Konflikte mit Nachbarländern verwickelt sind, neigen auch eher zu wirtschaftlichem Konfliktverhalten gegenüber Industrieländern. Interessant ist der Einfluss der politischen Instabilität auf das allgemeine wirtschaftliche Aussenverhalten von Drittwelltländern. Ein hohes Ausmass an politischer Instabilität aufgrund gewaltsamer innerstaatlicher Auseinandersetzungen zwischen Regimegegnern und der zentralen staatlichen Autorität wirkt eher *hemmend* auf die Bereitschaft eines solchermassen geschwächten Regimes, sich in Konflikten allgemeiner Natur zu engagieren. Werden Nigeria und der Libanon von der Analyse ausgeschlossen, so steigt der Anteil der erklärten Varianz bei dieser Regressionsgleichung auf 22%. Im allgemeinen ist die Erklärungskraft der hier verwandten politischen Variablen im Vergleich zu den in den beiden vorangegangenen Abschnitten analysierten wirtschaftlichen Prädiktoren jedoch geringer.

III. Zusammenfassung

Die Analysen der Bestimmungsgründe für verschiedene wirtschaftspolitische Verhaltensweisen ausgewählter Drittwelltländer gegenüber Industrieländern haben folgende Ergebnisse erbracht:

1. Die *wirtschaftliche Entwicklung* hat eine eher hemmende Wirkung auf die Bereitschaft von Drittwelltregierungen zur Wahl von Konfliktverhaltensstrategien in spezifischen wirtschaftlichen Bereichen (Investitionspolitik, Handelspolitik). *Wirtschaftliche Krisen* bzw. *Belastungen* und *sozioökonomische Instabilität* sind dagegen für ein höheres Ausmass an Feindseligkeiten im Verhalten von Drittwelltregierungen gegenüber Industrieländern verantwortlich. Vor allem eine hohe Auslandverschuldung und ungleichgewichtige Modernisierungsprozesse erhöhen das Risiko von Konflikten in den wirtschaftlichen Beziehungen zu Industrieländern, was sich in einer stärkeren Neigung eines innenpolitisch belasteten Drittwelltregimes zu gewaltsamen Massnahmen gegen ausländische Unternehmen niederschlägt.
2. Die Auswirkungen der *politischen Instabilität* von Drittwelltregimes auf deren wirtschaftspolitisches Aussenverhalten erweist sich bei näherem Hinsehen als äusserst instabil. Ein hohes Ausmass an politischen Gewaltereignissen im Landesinneren wirkt einmal bremsend, ein andermal

eher stimulierend auf wirtschaftspolitische Konfliktneigungen der jeweiligen Regierungen, je nachdem welcher Bereich des wirtschaftlichen Aussenverhaltens und welcher Untersuchungszeitraum gewählt wird.

3. Drittweltländer, die in ihren Regionen häufig in *Konflikte mit Nachbarländern* verstrickt sind und die auch relativ oft *Ziele von Konflikthandlungen seitens der Industrieländer* sind, neigen häufiger zu wirtschaftlichem Konfliktverhalten gegenüber Industrieländern. Dabei ist das Risiko eines gewaltsamen Vorgehens gegen ausländische Unternehmen umso grösser, je feindseliger sich die Industrieländer gegen die Regierung des betreffenden Drittweltlandes verhalten. Häufige regionale Konfliktengagements können aber auch eine gegenteilige Wirkung haben, indem in dieser Beziehung aktive Drittweltländer mindestens ebenso oft die wirtschaftliche Kooperation mit Industrieländern suchen.

Bei der Beurteilung zukünftiger Chancen und Risiken in den Beziehungen zu Drittweltländern ist deshalb einigen gefährlichen Entwicklungen im Innern von Staaten und Regionen der Dritten Welt besondere Beachtung zu schenken.

Der in den sechziger Jahren weit verbreitete Optimismus, der sich in der Erwartung einer ungebremsen Entwicklung von Drittweltstaaten zu wirtschaftlichem Wohlstand, integrierten sozialen Gemeinschaften und politischer Stabilität, abgesichert durch demokratische Herrschaftsformen nach westlichem Vorbild äusserte, hat sich längst als Illusion erwiesen. Nicht wirtschaftlicher Wohlstand für alle, sondern eine immer ungleichmässiger wirtschaftliche Entwicklung im Innern dieser Länder und eine wachsende Kluft zwischen industrialisierten städtischen Zentren und verarmenden ländlichen Regionen, nicht soziale Integration und demokratische politische Entwicklung, sondern eine zusätzliche Betonung ethnischer Vielfalt und eine damit verbundene mehr oder weniger dauernde Schwächung sozialer und politischer Strukturen, nicht die Bildung übergreifender politischer Einheiten, sondern mehr Regionalismus und wachsende zwischenstaatliche Rivalitäten und Spannungen wurden die Stationen dieser Länder auf ihrem Entwicklungsweg in den sechziger, siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre. Vieles deutet darauf hin, dass sich diese sozioökonomischen und politischen Probleme in vielen Regionen der Dritten Welt in Zukunft noch verstärken werden.

Die vorliegenden Analysen haben drei Problemfelder identifizieren können, die sich mehr oder weniger stark auf das aussenpolitische Verhalten von Drittweltregierungen und damit auch auf die Beziehungen zwischen Drittwelt- und Industrieländern auswirken: ein *ungleichgewichtiger Modernisierungsprozess*, *Rückschläge im wirtschaftlichen Wachstum* und die *Verschuldungs- und Exporterlösproblematik*.

Solche Krisen haben nicht nur negative Folgen für das Investitionsklima und die Möglichkeiten zum Export von Gütern in diese Länder. Einzelne Analysen zeigen deutlich, dass mit einer Häufung wirtschaftlicher Schwierigkeiten im Innern von Drittweltländern auch die Gefahr einer Zunahme

von Konflikten in den Beziehungen zu Industrieländern verbunden ist, entweder direkt oder indirekt über eine Gefährdung der politischen Stabilität in diesen Ländern. Davon sind nicht nur afrikanische Länder mit starken wirtschaftlichen Ungleichgewichten und einer zersplitterten Sozialstruktur, wie beispielsweise Nigeria oder Zaire, betroffen. Verschuldungs- und Exporterlösprobleme dürften sich in Zukunft auch auf die politische Stabilität von wirtschaftlich für die Schweiz so wichtigen Ländern wie Mexiko, Brasilien und Argentinien auswirken.

Literatur

- Azar, Edward E.: *The Codebook of the Conflict and Peace Data Bank (COPDAB)*, Chapel Hill 1980.
- Berweger, Gottfried: *Investition und Legitimation. Privatinvestitionen in Entwicklungsländern als Teil der schweizerischen Legitimationsproblematik*, Diessenhofen 1977.
- Berweger, Gottfried/Hoby, Jean-Pierre: *Wirtschaftspolitik gegenüber Auslandskapital*, Soziologisches Institut der Universität Zürich 1978.
- Bornschiefer, Volker/Heintz, Peter: *Compendium of Data for World-System Analyses*, Soziologisches Institut der Universität Zürich 1979.
- Fröbel, Folker/Heinrichs, Jürgen/Kreye, Otto: *Die neue Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer*, Reinbek 1977.
- Fry, Earl H.: «*An Assessment of Political Risk Forecasting in the International Investment Arena*», Paper presented at the International Political Science Association World congress, Rio de Janeiro 1982.
- Hibbs, Douglas A.: *Mass Political Violence. A Cross-National Causal Analysis*, New York 1973.
- Höhn, Rudolf: *Der schweizerische Aussenhandel mit der Dritten Welt, 1972–1978. Struktur, Erklärungsversuche und entwicklungspolitische Bedeutung*, Zürich 1980.
- Hollenstein, Heinz: *Die Auswirkungen der Exportoffensive der Niedriglohnländer auf die Branchenstruktur der schweizerischen Industrie*, Diessenhofen 1979.
- Jodice, David A.: «*Sources of Change in Third World Regimes for Foreign Direct Investment, 1968–1976*», in: *International Organization* 34, 1980, S. 177–206.
- Moser, Beat: *Ethnischer Konflikt und Grenzkriege. Ursachen innen- und aussenpolitischer Konflikte in Afrika*, Diessenhofen 1983.
- Scheidegger, Jürg: *Bildung und nationale Entwicklung. Eine kritische Würdigung der Literatur, eine Erweiterung des analytischen Rahmens und neue Analysen*, Soziologisches Institut der Universität Zürich 1981.
- Sieber, Margret: *Die Abhängigkeit der Schweiz von ihrer internationalen Umwelt. Konzepte und Indikatoren*, Frauenfeld 1981.
- Sylvan, David J. et al.: «*A Formal Model of 'Dependencia' Theory. Some Empirical Results*», Paper presented to the Annual Meeting of the APSA, Washington 1979.
- Taylor, Charles L./Jodice, David A.: *World Handbook of Political and Social Indicators, Third Edition. Volume 2: Political Protest and Government Change*, New Haven and London 1983.
- Weltbank: *Weltentwicklungsbericht 1982*, Washington 1982.
- Widmaier, Ulrich: *Politische Gewaltanwendung als Problem der Organisation von Interessen*, Meisenheim am Glan 1978.
- Widmaier, Ulrich: «*Political Performance, Political Support and Political Stability. The GLOBUS Framework*», Paper presented at the International Political Science Association World Congress, Rio de Janeiro 1982.

Adresse des Autors: Dr. Beat Moser, Dorfstrasse 14, 8355 Ettenhausen